



Finanzgruppe

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort

Rede

des Präsidenten des

Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Helmut Schleweis

anlässlich der Pressekonferenz (Video-/Telko):

S-Mittelstands-Fitnessindex 2022

am 13. September 2022 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie zu unserer Pressekonferenz „Zukunft Mittelstand“.

In Zeiten sich überlagernder Krisen sind Aussagen zur Zukunft naturgemäß schwierig. Wir wagen dennoch einen Ausblick. Wir in der Sparkassen-Finanzgruppe kennen als wichtigster Kreditgeber die Lage der deutschen Unternehmen und Selbständigen sehr gut. Die Vielzahl der uns vorliegenden Jahresabschlüsse sind eine valide Quelle für Aussagen zur Lage des deutschen Mittelstands. Und eine solide Basis für Prognosen und Szenario-Rechnungen. Dazu kommt: Die Firmenkundenberater der Sparkassen haben tiefe Einblicke in die Situation der Unternehmen „vor Ort“. Auch diese Erkenntnisse haben wir systematisch ausgewertet.

Lassen Sie mich vorneweg das Wichtigste zusammenfassen:

Erstens: Die deutschen Unternehmen gehen solide und finanziell sehr robust in die bevorstehende Krise. Sie haben, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, die schwierigen Corona-Jahre sehr gut überstanden. Natürlich hat das zwischenzeitliche Wachstum noch nicht ausgereicht, um sich vollständig von den Corona-Einbrüchen zu erholen.

Zweitens: Alle deutschen Unternehmen sind jetzt von massiven Steigerungen der Energiepreise betroffen. Besonders für die energieintensiven Betriebe bedeutet das einen massiven und oft allein nicht zu bewältigenden Anstieg bei den Produktionskosten. Nur teilweise ist es möglich, diese Kostensteigerungen durch höhere Preise an Abnehmer oder Endkunden weiterzugeben. Deshalb kann dieser externe Faktor auch Unternehmen an den Rand der Belastungsgrenze bringen, die an sich grundsolide aufgestellt sind. Wenn wir gemeinsam die wirtschaftliche Bedrohung durch Russland bestehen wollen, dann benötigen diese Unternehmen Hilfe. Aus der Corona-Phase kennen wir öffentliche Förderprogramme als sehr effizientes Hilfsmittel. Wir denken allerdings, dass wegen der Vielzahl der betroffenen Unternehmen eine klare Begrenzung der Energiepreise jetzt das wirksamere Mittel zu Unterstützung wäre.

Und drittens: Vor uns stehen zweifellos einige sehr schwierige Jahre. Es geht kurzfristig um massive Energieeinsparungen, mittelfristig um ein schnelles Umsteuern von fossilen auf regenerative Energien. Das verlangt enorme wirtschaftliche Anstrengungen. Wir sollten uns aber klarmachen: Aus zwingenden Gründen des Klimaschutzes hätten wir alle ohnehin Energieverbräuche reduzieren und hin zu regenerativen Energien umsteuern müssen. Und zur Sicherung unserer strategischen Unabhängigkeit wäre ohnehin eine Diversifizierung der Lieferketten erforderlich. Die Herausforderung ist jetzt, dass dies alles in sehr kurzer Zeit und vor allem gleichzeitig stattfinden muss.

Ich bin aber davon überzeugt: Wenn uns diese Kraftanstrengung gelingt – und sie wird gelingen – dann stehen wir besser da als vor dieser Krise. Schauen wir jetzt etwas tiefer die Details unserer Analyse.

Der Krieg in der Ukraine und seine wirtschaftlichen Auswirkungen sind seit mehr als sechs Monaten das bestimmende Thema. Lassen Sie mich eines festhalten: Aus meiner Sicht ist es zwingend notwendig, unsere Werte und unsere eigene Sicherheit zu verteidigen. Das hat natürlich einen wirtschaftlichen Preis. Wir alle spüren das bereits: Energie und Rohstoffe werden unkalkulierbar und deutlich teurer, Lieferketten sind gestört, manche Leistungen und Produkte sind aktuell nicht verfügbar. Knappe Rohstoffe und unsichere Energieversorgung zwingen viele Unternehmen, schon jetzt ihre Produktion zurückzufahren – teilweise sogar deutlich. Angesichts höherer Preise ist das in den Umsätzen aktuell noch nicht überall sichtbar. Die G+V wird das aber deutlich zum Ausdruck bringen. Stabilisierend wirkt derzeit, dass die Wirtschaft in wichtigen deutschen Exportmärkten verhältnismäßig gut läuft und Unternehmen im Exportgeschäft bisher Preissteigerungen noch an Kunden weitergeben konnten. Allerdings kommt es durch den schwachen Eurokurs und die Unsicherheit bei Energielieferungen zu Einbußen:

- Unternehmen der **chemischen Industrie** kämpfen mit wachsenden Unsicherheiten: Das zunächst verhängte Ölembargo war für die Branche noch verkraftbar, eine zu geringe Verfügbarkeit von Gas würde die Branche aber spürbar treffen. Derzeit punkten die Unternehmen, die flexibel ihre Produktion bzw. den Bezug von Rohstoffen und Halbwaren anpassen können.
- Der deutsche **Maschinenbau** ist wegen seiner starken internationalen Verflechtung vor allem durch unterbrochene Lieferketten belastet. Mit großem Nachdruck werden deshalb dort die Lieferbeziehungen neugestaltet, die Lagerhaltung verstärkt und die Produktion teilweise nach Europa zurückverlagert.
- In der **Automobilindustrie** bestimmt der strukturelle Umbruch hin zu alternativen Antrieben die Agenda. Die Branche dürfte allerdings trotz Lieferengpässen und Materialknappheit tendenziell wachsen.
- Die **Baubranche** ist zwar besser als die meisten anderen Branchen durch die Corona-Krise gekommen. Aktuell leidet sie aber zunehmend unter fehlendem Material. Knapp sind insbesondere Rohstoffe wie Holz, Mineralölerzeugnisse, Dämmstoffe und Kupfer. Das betrifft insbesondere das Ausbaugewerbe. Dennoch sollte sich die insgesamt positive Entwicklung, wenn auch gedämpft, fortsetzen.

Unsere Erfahrungen und die Auswertung der Jahresabschlüsse der Firmenkunden der Sparkassen-Finanzgruppe zeigen: Deutschlands Unternehmen sind in der Lage, mit Krisen umzugehen. Sie haben in den vergangenen Jahren investiert und arbeiten sehr effizient. Das ist eine gute Basis, um die aktuelle Krise zu bestehen. Durch kluge politische und unternehmensstrategische Entscheidungen muss jetzt dafür gesorgt werden, dass diese Basis nicht zu stark erodiert. Drei Punkte stehen dabei im Vordergrund:

- Der erste und wichtigste Punkt ist: Die Unternehmen brauchen schnell Klarheit und Sicherheit über ihre Energieversorgung in den kommenden Wochen und Monaten. Aus meiner Sicht ist es deshalb die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die Strom- und Gaspreise nach oben zu begrenzen. Das ist möglich durch eine Reform des Energiemarktes – Stichwort Merit-Order. Das an sich wirtschaftliche sinnvolle Grundprinzip sollte für begrenzte Zeit so verändert werden, dass der Strompreis nicht mit einem politischen Gaspreis davongaloppiert. Es scheint mir wichtiger, so den Strompreis zu begrenzen als durch diesen Mechanismus entstehende Übergewinne abzuschöpfen. Und dann wird Deutschland alle kurzfristig erschließbaren Energiequellen nutzen müssen – auch solche wie die Kohle, von denen wir uns mittelfristig lösen wollen.
- Zweitens: Man kann es gar nicht deutlich genug sagen: Wenn wir alle unsere industrielle Basis in Deutschland – und damit Arbeitsplätze – schützen wollen, dann müssen alle – Unternehmen wie Privathaushalte - im Durchschnitt mindestens 20 Prozent Energie einsparen. Jede nicht verbrauchte Kilowattstunde Strom, jeder nicht verbrauchte Kubikmeter Gas entlastet die eigenen Kosten, steigert die Versorgungssicherheit im kommenden Winter, sichert Arbeitsplätze – und reduziert zugleich im Sinne des Klimaschutzes den Ressourcenverbrauch. Wir plädieren dafür, dass Wirtschaft und Politik dies gemeinsam noch viel deutlicher kommunizieren
- Und drittens: Spätestens jetzt ist der richtige Zeitpunkt, massiv in die Unabhängigkeit von fossilen Energien zu investieren. Das gilt für die Unternehmen, aber eben auch für Privathaushalte. Die Energiekosten werden hoch bleiben, solche Investitionen rechnen sich in aller Regel schon nach wenigen Jahren – und sie helfen dem Klima.

Die mittelständischen Unternehmen in Deutschland sind für die anstehenden Aufgaben gut gerüstet. Sie haben das Kapital zur Verfügung, das für die anstehenden Investitionen nötig ist: Im Durchschnitt beträgt die Eigenkapitalquote knapp 40 Prozent. Und daneben steht eine sichere Kreditversorgung – rund 42 Prozent des Kreditvolumens für Unternehmen und Selbständige allein aus der Sparkassen-Finanzgruppe.

Allein im ersten Halbjahr 2022 haben wir rund 60 Mrd. Euro an neuen Firmenkrediten zugesagt – ein Zuwachs von 19 %. Die Sparkassen verzeichnen aktuell in vielen wichtigen Transformationsbranchen nicht nur hohe Neuzusagen, sondern auch wachsende Kreditbestände: Für die wirtschaftsnahen Dienstleister, darunter Forschung und Entwicklung, Information und Kommunikation, erhöhten sich die Bestände im ersten Halbjahr um 3,8 Prozent, für das Verarbeitende Gewerbe um 3 Prozent. Im Baugewerbe steht ein Zuwachs der Kreditbestände von fast 5 Prozent zu Buche – noch einmal deutlich mehr als im ebenfalls sehr starken Vorjahr.

Insgesamt wuchsen bei den Sparkassen die Bestände an Gewerbe- und Unternehmenskrediten im ersten Halbjahr 2022 um 3,8 Prozent bzw. 19 Mrd. Euro auf insgesamt 515 Mrd. Euro. Wir bekennen uns klar dazu, die notwendige Transformation in den Unternehmen – und auch in den Privathaushalten – zu finanzieren und dazu alle unsere Kräfte einzusetzen. Die Sparkassen-Finanzgruppe ist dazu sehr solide aufgestellt. Und auch Zinswende der Europäischen Zentralbank wird sich erst auf lange Sicht als wesentlicher Faktor in der Kostenstruktur der Unternehmen auswirken. Schließlich sind über 80 % der Sparkassenkredite an Unternehmen und Selbständige langfristige Kredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren.

Die große Mehrheit unserer Firmenkundenexperten bestätigt dies aus der Kenntnis der konkreten Unternehmen. Danach wird die Ertragslage primär beeinflusst von den Entwicklungen der Materialpreise und von Lohnsteigerungen. Für einzelne Branchen, etwa die kapitalintensive Immobilienbranche, sind steigende Zinsen allerdings durchaus eine ernstzunehmende Herausforderung.

Ein enorm wichtiger Faktor für den deutschen Mittelstand und insbesondere für konsumnahe Branchen wird in den nächsten Monaten die Einkommenssituation und die Konsumneigung der privaten Haushalte sein. Die erheblichen Preissteigerungen der letzten Monate sind ein massiver Dämpfer: Bei den aktuellen Preissprüngen benötigen nach unseren Berechnungen 60 Prozent der Haushalte ihre gesamten monatlichen Einkünfte und mehr, um die laufenden Ausgaben zu decken. Haushalte mit monatlichen Nettoeinkommen unter 3.600 Euro werden am Monatsende kein Geld mehr übrig haben und Lücken teilweise durch eigene Ersparnisse ausgleichen müssen. Für Gastgewerbe, Tourismus, Einzelhandel und andere persönliche Dienstleister bedeutet das, dass sie sich auf massive Änderungen im Kundenverhalten einstellen müssen. Ich halte es deshalb für richtig, dass die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen mit einem 3. Entlastungspaket reagieren. Wichtig scheint mir allerdings, die Entlastungen auf Haushalte mit einem Nettoeinkommen bis 3.600 EUR zu konzentrieren. Denn höhere Einkommen können, so zeigen unsere Berechnungen, netto immer noch zusätzliche Rücklagen bilden. Die niedrigsten Einkommen stehen dabei zu Recht im Fokus der politischen Aufmerksamkeit. Ich empfehle allerdings, auch die Einkommen von rund 2.000 bis 3.600 EUR monatlich nicht zu vergessen. Dieses sind heute in aller Regel keine Empfänger staatlicher Transferleistungen und kamen bisher mit ihrem Einkommen aus. Unter ihnen sind besonders viele, die dringend motiviert und befähigt werden müssen, vorhandenes Wohneigentum energetisch zu sanieren. Die Betroffenen werden dies in der jetzigen Phase nicht in Angriff nehmen, wenn es hierfür nicht spürbare staatliche Anreize gibt.

Wir empfehlen deshalb, hier Förderschwerpunkte zu setzen. Das nützt der Energieunabhängigkeit, dem Klima – und nicht zuletzt auch der Bauwirtschaft.

Meine Damen und Herren, die Unternehmen und unser Land als Ganzes stehen vor einer enormen Kraftanstrengung: Energie sparen, Energie effizienter einsetzen und sich unabhängiger machen von fossiler Energie – das ist die eine große Herausforderung.

Die andere besteht in der Neuaufstellung der Lieferketten, der Diversifizierung der Lieferbeziehungen und dem Knüpfen neuer globaler Geschäftsbeziehungen. Ich denke, diese zweite Herausforderung muss Hand in Hand gehen mit einer Neudefinition der globalen Wirtschaftspolitik Europas und Deutschlands. Wir müssen jenseits von Diktaturen und Autokratien mehr Handelsbeziehungen knüpfen und uns international breiter aufstellen. Vor uns allen liegt also eine sehr anstrengende und in Teilen auch entbehrungsreiche Zeit. Es aber sind Anstrengungen, die sich langfristig lohnen:

- Wir werden energiepolitisch unabhängiger.
- Wir machen uns geostrategisch weniger erpressbar.
- Und wir leisten wirksame Beiträge gegen einen derzeit zu schnellen globalen Temperaturanstieg, den Klimawandel.

Mit der aktuellen Krise entschlossen und klug umzugehen bedeutet deshalb zugleich, künftigen Krisen vorzubeugen und unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität langfristig zu sichern. Die deutschen Unternehmen, vor allem der Mittelstand trägt maßgeblich zur Krisenresilienz Deutschlands bei. Nur mit ihm wird es eine erfolgreiche ökologische und energetische Transformation geben. Die Sparkassen stehen dabei klar und verlässlich an der Seite der mittelständischen Unternehmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.